

Backnang, den 23.09.2016

## Resolution

### Resolution der FDP-Kreisverbände Ostalb und Rems-Murr-Kreis zum Thema Landesstraßenbau im Rems-Murr-Kreis und im Ostalbkreis

Die FDP-Kreisverbände Ostalb und Rems-Murr fordern dringend höhere Haushaltsmittel für Erhalt, Aus- und Neubau der Landesstraßen.

In den Jahren 2011 bis 2013 wurden in Baden-Württemberg rund 430 km Landesstraßen saniert. Seit dem Jahr 2014 ist die auf Basis der Zustandserfassung und -bewertung 2012 erstellte Dringlichkeitsliste für die Sanierungsprogramme maßgeblich. Die Liste enthält Erhaltungsabschnitte hoher und sehr hoher Dringlichkeit mit einer Länge von rund 1.780 Kilometer. Davon wurden in den Jahren 2014 und 2015 rund 300 km saniert, zudem rund 50 km Landesstraßen mit mittlerer Dringlichkeit sowie weitere 200 km Landesstraßen in Abstimmung mit den Landratsämtern als Gemeinschaftsmaßnahmen mit Kommunen oder Landkreisen oder als Maßnahmen, die aufgrund von Unwetterereignissen nicht aufschiebbar waren. **Insgesamt sind von den 1.780 km, die eine hohe bis sehr hohe Dringlichkeit aufweisen, noch 1.480 km zu sanieren. Dies entspricht einem Finanzvolumen von rund 440 Mio. €. 48,6% der Landesstraßen sind nach der Zustandsbewertung 2012 in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Die über 700 Aus- und Neubaumaßnahmen an Landesstraßen wurden seitens des Verkehrsministeriums auf 123 Projekte gekürzt. 2016-2019 können gerade einmal 31 Projekte umgesetzt werden.**

Mit großer Sorge haben die FDP-Kreisverbände Ostalb und Rems-Murr die dpa-Meldung vom August 2016 zum Landesstraßenbau gelesen. Die grün-schwarze Landesregierung hat die Investitionen in die Landesstraßen im Vergleich zum Vorjahr zurückgefahren. 2016 sollen in diesem Jahr 134,3 Millionen Euro in den Aus- und Neubau sowie den Erhalt der Landesstraßen von Baden-Württemberg fließen. Unter der alten grün-roten Landesregierung wurden demnach 2015 noch 159,6 Millionen Euro in die Landesstraßen investiert. Nach Aussage des Verkehrsministers Winfried Hermann ist der Nachtragshaushalt 2016 ein „Spar-Etat“ geworden und das hat auch „Konsequen-

FDP- Kreisverband Rems-Murr  
Ansprechpartner: Kreisvorsitzender  
Jochen Haußmann MdL  
Telefon: 0711 2063-921

FDP- Kreisverband Ostalbkreis  
Ansprechpartner: Kreisvorsitzender  
Christian Felix Müller  
Telefon: 01577 6829393

- 2 -

zen für den Straßenbau“. Allein für Erhalt und Sanierungen der Landesstraßen wären mindestens 120 Millionen Euro im Jahr notwendig. Allerdings stehen 2016 von den Gesamtmitteln für die Landesstraßen demnach nur 82 Millionen für Erhalt- und Sanierungsarbeiten zur Verfügung. Damit fährt Baden-Württemberg auf Verschleiß.

Infrastrukturpolitik aber ist Konjunkturpolitik. Als wirtschaftsstarkes Land und Heimat des Mittelstands brauchen wir eine innovative und vernunftorientierte Verkehrspolitik, die alle technischen Möglichkeiten nutzt, den Verkehr flüssig zu halten und Staus mit ihren weitreichenden Folgen zu vermeiden. Hinzu kommt ein steigendes Verkehrsaufkommen, insbesondere im Güterverkehr.

Der schlechte Zustand vieler Brücken im Land verstärkt das Problem. Immer öfter bröckelt Beton, korrodieren Stahlträger oder bekommen Fahrbahnen Risse. 40% der 3.160 an Landesstraßen sind in einem so schlechten baulichen Zustand, dass sie dringend saniert werden müssen. Hauptursache für den raschen Verfall ist der im Zuge der modernen logistischen Anforderungen und der erfolgreichen Wirtschaft stark gestiegene Schwerlastverkehr, für den die im Schnitt 45 Jahre alten Brücken gar nicht konzipiert waren – weder in puncto Verkehrsaufkommen noch in Sachen Tragfähigkeit. Manche der für heutige Verhältnisse zu filigran gebauten Brückenbauwerke sind in einem derart schlechten Zustand, dass nur noch Geschwindigkeits- und Gewichtsbeschränkungen als Notlösung weiterhelfen. Für schwere LKW, die die Brücken gar nicht mehr befahren dürfen, bedeutet das oft kilometerweite Umwege.

In den letzten Jahren wurden die Landesstraßen auch im Rems-Murr-Kreis und im Ostalbkreis vernachlässigt. Am 16. Juni 2016 hat der Landrat des Rems-Murr-Kreises, Dr. Richard Sigel, in einem Brief an Verkehrsminister Hermann mitgeteilt, dass die im Jahr 2012 durchgeführte Zustandserfassung und -bewertung ergeben hat, dass das Landesstraßennetz im Rems-Murr-Kreis an vielen Stellen in einem sehr schlechten Zustand ist. Im laufenden Jahr wurden bislang keine nennenswerten Sanierungsmaßnahmen auf einer Landesstraßen durchgeführt. Verkehrsminister Hermann antwortete am 1. August 2016, dass der Rems-Murr-Kreis überproportional an den Erhaltungsmitteln des Regierungsbezirks Stuttgart profitiert habe.

Festzuhalten ist, dass sowohl im Rems-Murr-Kreis als auch im Ostalbkreis keine wesentliche Aus- und Neubaumaßnahmen in den Jahren 2016 – 2019 vorgesehen sind. Anzuerkennen ist, dass im Ostalbkreis mit der Ortsumfahrung Bargau (L 1161) und dem Ausbau zwischen Mögglingen und Heuchlingen (L 1158) und der Beseitigung des Bahnübergangs in Bopfingen (L 1070) Aus- und Neubaumaßnahmen in Angriff genommen wurden. Demgegenüber sind im Rems-Murr-Kreis in den letzten drei Jahren keine nennenswerte Aus- und Neubaumaßnahmen realisiert worden. Wichtige Landesstraßenprojekte wie beispielsweise die L 1148 Ortsumfahrung Miedelsbach werden auf die lange Bank geschoben. In weiter Ferne ist der dreispurige Ausbau der L 1115 von Backnang nach Mundelsheim. Dieses Landesstraßenprojekt ist weder finanziert noch wird die Planung vorangerieben.

Die Landesregierung wird aufgefordert

- a) die Mittel für den Erhalt und den Aus- und Neubau von Landesstraßen deutlich aufzustocken. Die FDP Baden-Württemberg verabschiedete im Wahlprogramm zur Landtagswahl eine Zukunftsoffensive im Umfang von insgesamt 1 Mrd. Euro € für Landesstraßen und Breitbandausbau. In den sogenannten Nebenabreden des grün-schwarzen Koalitionsvertrags sind 500 Mio. € für „Investieren/Sanieren (Straßen/Schienen, Hochbau, Hochschulen,...)“ als einmalige Maßnahme vereinbart und vom Haushaltsvorbehalt ausgenommen. Die CDU hatte im Wahlprogramm mit einer Milliarde Euro für die Landesstraßen geworben. Jetzt besteht die sehen 500 Mio. € in andere Bereiche investiert werden. Es ist sicherzustellen, dass ein Schwerpunkt auf dem Landesstraßenbau gelegt wird.
- b) ein Brückensanierungsprogramm im Volumen von mindestens 40 Mio. € p.a. umzusetzen.
- c) unverzüglich mit der Planung des Landesstraßenprojekt des Autobahnzubringers L1115 zu beginnen, damit der dreispurige Ausbau zwischen Backnang und Mundelsheim vorangetrieben werden kann.
- d) über die Bereitstellung höherer Finanzmittel für die Landesstraßen hinaus eine Mobilitätsoffensive zu starten, die unter anderem auf die Bausteine Verkehrsmanagement,

Zukunftstechnologien, Mobilitätsdiensten und Logistik setzt. Innovative Telematiksysteme etwa lassen eine verbesserte Verkehrssteuerung zu. Kooperative Systeme unter dem Fachbegriff C2X-Kommunikation sind weiter zu entwickeln. Durch sie können auch die bisherigen Verkehrsbeeinflussungsanlagen sinnvoll weiterentwickelt und die Verkehrssicherheit erhöht werden. Verstärkte Forschungsanstrengungen im Bereich der Fahrassistenzsysteme helfen, die vorhandene Infrastruktur besser auszulasten. Auch in einer vernetzten interkommunikativen Ampelschaltung liegt eine wesentliche Verbesserung.